

Etatrede

der Vorsitzenden der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Rat der Stadt Essen

Hiltrud Schmutzler-Jäger

**vor dem Rat der Stadt Essen
am 30. Juni 2010**

Sperrfrist:
30. Juni 2010, Ende der Rede
Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

die Verabschiedung dieses Doppelhaushaltes 2010 / 2011 gibt wenig Anlass zur Euphorie. Dabei steht die heutige Haushaltsverabschiedung nicht wirklich unter einem deutlich ungünstigeren Stern als die vorhergehenden Nothaushalte.

Denn seit nunmehr 20 Jahren weist der Haushalt der Stadt ein stetig steigendes strukturelles Defizit auf. Und wenn wir ehrlich sind, hat sich Politik schon fast an den Zustand, Nothaushaltskommune zu sein, gewöhnt. Nur, wenn es um die Haushaltsverabschiedung geht, werden wir wieder wach und lassen uns dann allzu gerne zu gegenseitigen Schuldzuweisungen hinreißen, die nur leider substanziell nicht wirklich weiter helfen. Deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang - wie auch der Oberbürgermeister bei der Haushaltseinbringung – ein Zitat von Gustav Heinemann bemühen, das uns heute vielleicht in der Sitzung im Gedächtnis bleiben sollte: *„Wer mit dem Zeigefinger auf andere Leute zeigt, sollte nie vergessen, dass drei Finger seiner Hand auf ihn selbst zeigen!“*

Trotz aller Gewöhnung an den Zustand einer Nothaushaltskommune sind der Politik die Schuppen von den Augen gefallen, als wir am 22. Januar 2010 von der Bezirksregierung als so genannte „Leitfadenkommune“ eingestuft wurden. Dies war angesichts der Haushaltssituation zwar absehbar, dennoch hat es der gesamten Politik und Verwaltung noch mal deutlich gemacht, dass wir uns von unserer verbalen Aufgeschlossenheit bei nachhaltiger Verhaltensstarre zwingend in den Zustand der Verhaltensänderung bewegen müssen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

kommen wir auf den hier vorliegenden Haushalt zurück, für dessen Verabschiedung sich, wie gerade erwähnt, die Vorzeichen um ein zusätzliches Minus geändert haben.

GRÜNE sehen nicht erst seit heute die Notwendigkeit, die drohende Überschuldung der Stadt durch eine jährliche Reduktion der Verluste zu vermeiden und von unserem rechnerischen Eigenkapital von jetzt 1,4

Milliarden Euro bis 2020 zumindest einen Rest von rund 100 Millionen Euro zu erhalten. Der erste Prüfstein auf diesem Weg wird die heutige Doppelhaushaltsverabschiedung sein. Wenn die Bezirksregierung unsere Sparbemühungen akzeptieren sollte, besteht zumindest die Hoffnung, dass sie endlich die 5 Millionen für das Sportinfrastrukturprogramm freigibt.

Bevor ich zur GRÜNEN Schwerpunktsetzung bei der Haushaltsverabschiedung komme, möchte ich einen Blick auf die Bundes- und Landespolitik werfen, die in einem erheblichen Umfang an der katastrophalen Finanzsituation vieler Städte beteiligt ist und die ein Stück weit die vielfach zitierte „*Vergeblichkeitsfalle*“ deutlich werden lässt.

Denn wenn wir uns vor Augen führen, dass von insgesamt 427 Städten und Gemeinden in NRW nur 39 über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt verfügen, was gerade mal 10% aller nordrhein – westfälischen Kommunen ausmacht, wird klar, dass Essen hier keine Sonderrolle einnimmt und die finanzielle Notlage der Stadt Essen zumindest nicht nur hausgemacht ist.

Neben den Unterstützungsversäumnissen des Landes kommen noch die - auch vom Oberbürgermeister in seiner Rede zur Haushaltseinbringung hervorgehobenen - Verletzungen des Konnexitätsprinzips durch den Bund hinzu:

- Den ersten, mittlerweile zeitlich ältesten, aber auch dicksten finanziellen Brocken für die Kommunen stellt der Solidarpakt Ost dar.
- Ein zweiter Bereich ist die U - 3 Betreuung von Kindern, die der Bund ab 2013 als Rechtsanspruch festgeschrieben hat, für die er aber den Kommunen nur unzureichende finanzielle Mittel bereit stellt. So bildungs- und familienpolitisch notwendig der Ausbau der U - 3 Betreuung auch ist, kann eine Kommune wie Essen diese Aufgabe finanziell nicht alleine schultern.
- Drittens - und dies hat für die Finanzen in Essen erhebliche Konsequenzen - hat sich der Bund sukzessive aus der Finanzierung der Kosten der Unterkunft für Hartz - IV Empfängerinnen und Empfänger verabschiedet und die Kommunen damit alleine gelassen. Wenn die Bundesregierung im nächsten Jahr auch noch den Eingliederungsetat kürzt, haben die Kommunen noch weniger Mittel für die

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung.

- Und last but not least wird das Ende 2009 im Bundestag verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Stadt Essen ein zusätzliches Defizit in zweistelliger Millionenhöhe bescheren.

Wenn alleine die o. g. Belastungen nicht endlich durch eine - schon fast gebetsmühlenartig geforderte - Gemeindefinanzreform und andere Maßnahmen, wie z. B. eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder eine Mehrwertsteuererhöhung aufgefangen werden, wird Essen wie auch die anderen Nothaushaltskommunen zwangsläufig in einem immer größeren Schuldenberg versinken. Und das trotz intensivster Konsolidierungsbemühungen!

Im Fazit aber bleibt bei aller berechtigten Kritik an Bund und Land festzuhalten, dass wir uns hier nicht all zu großen Hoffnungen auf finanzielle Unterstützung hingeben dürfen. Denn nicht nur der Bund will bis 2016 allein 60 Milliarden einsparen, sondern auch das Land NRW muss mit einer Gesamtverschuldung von 18,5 Milliarden Euro und einer Nettoneuverschuldung von 6,6 Milliarden Euro den anstehenden Haushalt planen. Da bleibt in der Tat weder beim Bund noch beim Land viel Hoffnung, dass den notleidenden Kommunen zukünftig tatsächlich mit Barem unter die Arme gegriffen werden kann.

Aber selbst, wenn über Entschuldungsfonds bzw. über Zins- und Tilgungshilfen eine Lösung für die Bewältigung der Lasten aus den Altschulden gefunden werden sollte, setzt auch dies das Äußerste an Konsolidierungsbereitschaft der jeweiligen Kommunen voraus.

Wie der Weg zur Entschuldung ohne Tafelsilberverkäufe gehen kann, hat Langenfeld im Rheinland gezeigt. Langenfeld ist seit Oktober 2008 unter der Einhaltung folgender Prämissen wieder schuldenfrei geworden:

Erstens „Niemals mehr Geld ausgeben, als man hat“,
zweitens „Sparen und doch gezielt investieren“,
drittens „die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen“,
viertens „das Ehrenamt stärken“,
fünftens „die Förderung des Mittelstandes zur Chefsache erklären“

Die letzte Forderung resultierte daraus, dass zwei sehr große Firmen am Ort relativ unvermittelt ihre Produktion nach Asien verlagert haben. Hierauf regierte der Bürgermeister von Langenfeld mit einer Unterstützungskampagne für den Mittelstand, setzte dabei auch auf Zukunftsbranchen wie die Biotechnologie, hat für Bürokratieabbau genauso Sorge getragen wie für Investitionen in eine entsprechende Infrastruktur. Denn auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Dazu gehören Kultur, Sport und alle sozialen Bereiche. Und ansiedlungswillige Firmen in Langenfeld müssen ihre Gewerbegebiete nicht erst entwickeln, sondern finden sie direkt vor. Darüber hinaus hat Langenfeld den niedrigsten Gewerbesteuersatz bei Städten ab 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in NRW. Das ein oder andere können wir vielleicht auch von Langenfeld lernen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute geht es nicht vorrangig darum, für bessere Zeiten anzusparen, um möglichst bald wieder Wünschenswertes fordern zu können.

Denn klar ist, dass uns die nachfolgenden Haushaltsjahre 2012 / 2013 noch weitaus mehr Konsolidierungsbemühungen abverlangen werden. Wenn dann noch die lt. Bundessteuerschätzung geringen Einnahmen für die Kommunen oder ein Kreditzinsanstieg auf die Stadt Essen zukäme, würde dies auch alle jetzigen Sparbemühungen zunichte machen und wir würden in der Tat langfristig in der „Vergeblichkeitsfalle“ stecken bleiben. Auch das ist bisher nicht thematisiert worden, wohl auch, um der Politik und den Bürgerinnen und Bürgern nicht den letzten Mut zur Konsolidierung zu nehmen.

Heute können wir feststellen, dass die SPD, die noch vor und selbst kurz nach der Wahl vollmundig 1,5 Millionen Euro zusätzlich für die Kinder- und Jugendarbeit, ein beitragsfreies Kita - Jahr, keine Bäderschließung und vieles mehr im Rat eingefordert und den Menschen in dieser Stadt versprochen hat, deutlich zurückhaltender in ihren Anträgen zum Haushalt ist. Opposition war eben anders!

Denn nun muss sich auch die SPD der Wahrheit stellen und zur Kenntnis nehmen, dass Essen, wäre es ein Unternehmen, die Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter nach Hause schicken, das Licht ausmachen und die Tore verriegeln müsste. Damit die Gläubiger anschließend ihr Geld abschreiben können.

So bleibt festzuhalten, dass gerade in diesen Zeiten populistische Versprechen jedweder couleur - ob auf Bundes-, Landes- oder auf der Kommunalebene - unverantwortlich sind, weil sie sich letztlich nur als pure Täuschung und Enttäuschung für die Bürgerinnen und Bürger entpuppen und dadurch die Demokratie schwächen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

den meisten Menschen in und auch außerhalb von Essen, wie z. B. in Solingen, ist nicht erst durch die „bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung“ klar geworden, dass es kein „Weiter so“ mehr geben kann. Denn wer in den letzten Monaten mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch gekommen ist, wurde häufig mit der Frage konfrontiert, *„Warum hat der Rat sich überhaupt die Mühe gemacht, nach weiteren Einsparpotentialen und Kürzungsvorschlägen zu suchen, wenn andererseits der Spitzensteuersatz nicht erhöht wird und die Hoteliers entlastet werden? Gleichzeitig erhalten Banken und Großkonzerne Milliarden zur ihrer Rettung.“* Und auch die Politik würde sich oftmals auf schamlose Weise bereichern. Sicherlich sind diese Einwände erstens so nicht auf die Kommunalebene übertragbar und zweitens auch nicht immer in ihrer Konsequenz bis ans Ende gedacht. Dennoch macht es deutlich, was die Bürgerinnen und Bürger bewegt. Und in nicht unerheblichem Maße spiegeln sich diese Einstellungen und Haltungen zur Bundes- und Landespolitik in der Essener Bürgerinnen- / Bürgerbeteiligung zu *„Essen kriegt die Kurve“* wider. So hatten die Einsparvorschläge bei den Zuwendungen für die Fraktionen und Einzelvertreter/-innen in der Politik mit rund 95% den höchsten Zuspruch. Richtig und nachvollziehbar ist, dass es neben dem tatsächlichen Einspareffekt wichtig ist, dass auch die Politik ihren Anteil zur Konsolidierung leisten soll. Tatsächlich würden sich aber erst ernsthafte Einspareffekte erzielen lassen, die weit über rund 900.000 Euro gehen, wenn der gesamte politisch arbeitende Apparat der Ruhrgebietsstädte sich z. B. in einem Ruhrparlament wieder finden würde und es dann keine Stadtparlamente und keine Bezirksvertretungen mehr geben würde. Die SPD

hatte sich im ersten Schritt öffentlich schon für die Verkleinerung des Rates ausgesprochen, die Diskussion der Reduzierung der Bezirksvertretungen, die bereits in der Vergangenheit diskutiert wurde, hat sie hier außen vor gelassen. Bei all diesen Sparvorschlägen bleibt allerdings die Frage offen, welche Konsequenzen sich hieraus letztlich für die Bürgerinnen und Bürger ergeben würden, Hier könnte es sein, dass sich die Realität für sie anders darstellt als in ihrer Fiktion.

Entscheidend an den Voten der Bürgerinnen und Bürger ist für GRÜNE die Quintessenz, dass es denn Bürgerinnen und Bürgern um eine gerechte Lastenverteilung geht, was sich auch in den höchsten Ablehnungsquoten bei den Einsparvorschlägen im Sozial-, Kinder-, Jugend- und Bildungsbereich widerspiegelt und sich mit den Beratungsergebnissen der GRÜNEN Fraktion in großen Teilen deckt.

Unter all diesen Voraussetzungen hat sich die GRÜNE Fraktion in intensiver Diskussion mit der Klieve - bzw. Paß - Kurve und den einzelnen Konsolidierungsvorschlägen auseinandergesetzt. Wobei vom Grundsatz her für GRÜNE feststeht, dass der Schuldenabbau nicht zum Selbstzweck degradiert werden darf. Vielmehr sehen wir ihn als einzig möglichen Weg, um uns zukünftig gerade hinsichtlich unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen wieder politische Gestaltungsräume zu verschaffen.

Dafür müssen wir im ersten Schritt rund 110 Millionen Euro in 2010, 112 Millionen Euro in 2011, 151 Millionen Euro in 2012 und satte 199 Millionen Euro in 2013 konsolidieren.

Mit anderen Worten heißt dies, dass uns der eigentliche und dickste Haushaltskonsolidierungsbeitrag in den Haushaltsjahren 2012 - 2013 abverlangt wird.

Grundsätzlich sind wir in unseren Diskussionen zu dem Schluss gekommen, dass wir der Konsolidierungskurve trotz der sehr großen finanzwirtschaftlichen Risiken und trotz der geringen Aussicht auf Unterstützung von Bund und Land größtenteils folgen werden, weil das dahinter stehende Ziel, zukünftig wieder mehr Gestaltungsspielräume zu erlangen, alternativlos ist. Gleichwohl werden GRÜNE diesen Weg nicht überall und nicht um jeden Preis mitgehen. Wichtig war uns außerdem im Gegensatz zu den Haushaltsanträgen

von SPD und Linken, für unsere Änderungen im Haushaltssicherungskonzept auch in den meisten Fällen konkrete Deckungsvorschläge zu machen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die vom Kämmerer verordnete und vom Oberbürgermeister mitgetragene generelle Kürzungslinie von 2 % über alle Geschäftsbereiche inklusive der Beteiligungsgesellschaften sehen GRÜNE vom Grundsatz her kritisch, weil sie weder die Summe freiwilliger Leistungen gegenüber den Pflichtaufgaben in den einzelnen Geschäftsbereichen differenziert noch die Konzernziele der Stadt berücksichtigt. Auch wird durch eine generelle, undifferenzierte Kürzungslinie keine stadtentwicklungspolitische Gewichtung ablesbar. Diese Gewichtung hätte beispielsweise mit Blick auf das Konzernziel „Klima- und Umweltschutz“ und zur Unterstützung für die Bewerbung der Stadt Essen beim Wettbewerb „Innovation – City – Ruhr“ vorgenommen werden können. Da sich diese für GRÜNE wichtige Priorisierung nicht im Haushaltssicherungskonzept wieder findet, werden GRÜNE mit der CDU, FDP und EBB beantragen, die Kürzungslinie für das „Integrierte Klima- und Energiekonzept“ nicht in vollen Umfang umzusetzen. Denn neben der Tatsache, dass gerade hier auch die Möglichkeit besteht, über Förderanträge zusätzliche Mittel in Millionenhöhe für eine zentrale Aufgabe der Stadt Essen zu akquirieren, sind der Klimaschutz sowie die Neuausrichtung in Energiefragen die zentralen Zukunftsthemen der Stadtpolitik. Allein die Chance, im Herbst den Zuschlag für ein 2,5 Milliarden Euro Projekt zu erhalten, um in Sachen Energieeinsparung und Klimaschutz die Vorreiterrolle im Land NRW und darüber hinaus einzunehmen, zeigt uns, dass hier die Potentiale für die Stadt liegen und die Lichter in Essen trotz eines harten Sparkurses nicht zwangsläufig ausgehen müssen. Um diesen Weg zur „Stadt des Klimaschutzes und der Energie“ über energetische Sanierungsarbeiten an unseren städtischen Immobilien zu unterstützen, werden wir die von der Verwaltung vorgeschlagene Konsolidierungssumme beim Bauunterhaltungsprogramm ab 2011 um jährlich 1 Million Euro reduzieren. Als Kompensation sind Mehreinnahmen durch zügigen Verkauf von nicht mehr genutzten städtischen Immobilien und Grundstücken zu erzielen.

Auch im Sozial-, Kinder-, Jugend-, Integrations- und Versorgungsbereich sind GRÜNE nach genauer Prüfung der Haushaltsvorschläge zu dem Schluss gekommen, dass wir einige Einsparvorgaben gar nicht, nur teilweise oder aber erst nach einer eingehender Überprüfung und Bewertung der möglichen Folgewirkungen mittragen können.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie ein großer Teil des Rates werden auch die GRÜNEN den vorgeschlagenen Geschwisterbeitrag für den KiTa-Besuch ablehnen. Denn er würde gerade Familien mit mehreren Kindern bei kleinem oder mittlerem Einkommen über Gebühr belasten, um nicht zu sagen bestrafen.

Zum anderen werden wir mit Hinweis darauf, dass wir insbesondere in der Kinder- und Jugendarbeit einen bereits jetzt schon unterfinanzierten Bereich vorfinden, die hier vorgeschlagenen Kürzungen nicht in voller Höhe tragen. Einen Teil der Summe werden wir beim Umzug in die Weststadthallen über die zukünftig entfallenden Betriebskosten beim Jugendzentrum Papestraße decken. Ein weiterer Teil soll durch eine verbesserte Rückgriffsquote bei der Zahlung des Unterhaltsvorschusses und durch die Schaffung von Synergien im Bereich der Sozialgesellschaften kompensiert werden. Wie bereits erwähnt, müssen die Konzernziele der Stadt wie auch das Konzernziel „Essen, Großstadt für Kinder“ auch mit Leben gefüllt werden. Denn wenn wir - wie auch in der Rede des Oberbürgermeisters zu vernehmen war - Verantwortung für die nachfolgenden Generationen übernehmen wollen, müssen wir auch in sie investieren.

Im Sozialbereich lehnen GRÜNE die vorgesehene Kürzung der psychosozialen Betreuung von Substituierten bis zur Vorlage eines Konzeptes ab, das unter anderem Qualitätskriterien und ein Verfahren zur Evaluation beinhalten soll. Erst danach kann über eine möglicherweise höhere Fallzahldichte für die Betreuer und damit die zu generierenden Einsparpotentiale entschieden werden.

Auch die Reduzierung des Verlustausgleichs bei der Suchthilfe hätte gravierende Folgen für die Betreuung der Suchtkranken in Essen. Die Suchthilfe hat seit ihrer Gründung alle Tarifsteigerungen im Etat irgendwie auffangen können, ist aber nun an einem Punkt angekommen, wo dies nicht mehr möglich ist,

ohne deutliche Einschnitte in das Angebotsportfolio vorzunehmen. Bevor wir also hier Kürzungen beschließen, wollen wir zuerst noch einmal alle Angebote auf ihre zwingende Notwendigkeit hin überprüfen, um dieses Ergebnis dann mit dem bereits im Rat beschlossenen Prüfauftrag zu den möglichen Synergieeffekten durch die Gründung einer sog. „Sozialholding“ zu bewerten.

Herr Oberbürgermeister,

GRÜNE halten gerade die interkulturelle Entwicklung und das Thema Integration in dieser Stadt weiterhin für ein zentrales Thema. Bereits heute hat jeder zweite Jugendliche in Essen und im gesamten Ruhrgebiet einen Migrationshintergrund und wir stehen in der Verantwortung, die immer noch schlechteren Bildungschancen der Migrantinnen und Migranten deutlich zu verbessern.

Da die schulische Förderung als wichtiger Baustein der Integration gerade in Essen seit 30 Jahren als sogenannte „freiwillige Leistung“ erfolgreich gearbeitet hat, werden wir dem Kürzungsvorschlag des Kämmerers hier ab 2011 nicht zustimmen. Im Unterschied zur SPD und LINKEN - Fraktion sind wir der Auffassung, dass diese Art der Förderung von der Universität Duisburg - Essen in das Regelsystem der Schule überführt werden sollte. So könnten mehr Schülerinnen und Schüler erreicht werden, die Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen würden davon profitieren und die Studierenden hätten den zusätzlichen Vorteil, dass sie so noch mehr Erfahrungen aus der Praxis der Schulen mitnehmen können.

Auch das „interkulturelle Konzept“ mit seiner bisher erfolgreichen Arbeit für die Stadt wollen wir angesichts der seit Jahren anhaltenden Kürzungen nicht, wie im Haushalts sicherungskonzept vorgeschlagen, auf 1,2 Millionen Euro kürzen, sondern bei einem für die Fortführung der qualifizierten Arbeit angemessenen Budget von 1,3 Millionen Euro festschreiben.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen;

dass gerade der Personalabbau in der Stadtverwaltung einer besonderen Sensibilität bedarf und betriebsbedingte Kündigungen - dies gilt hier natürlich auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Beteiligungsgesellschaften - grundsätzlich

ausgeschlossen werden, ist über alle Fraktionen hinweg Konsens und für GRÜNE selbstverständlich. Und auch, wenn wir perspektivisch in dem gemeinsamen Antrag mit CDU, FDP und EBB davon ausgehen, dass im Personalbereich mittel- bis langfristig sogar noch etwas mehr eingespart werden kann, ist es selbstverständlich, dass dieser Prozess nur im Konsens mit dem Personalrat, dem Konzernbeschäftigtenrat und Verdi greifen kann. Dabei sollten nicht nur Pro - Kopf Stellenreduktionen im Fokus stehen, sondern ebenfalls differenziertere – nicht nur für Mütter sondern zunehmend auch für Väter interessante (Elternzeit) - Arbeitszeitmodelle entwickelt werden. Entscheidend wird in dem gesamten Prozess sein, dass es für die verbleibenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch vielschichtige Qualifizierungsangebote und mehr Durchlässigkeit wieder Beförderungsmöglichkeiten und Zukunftsperspektiven gibt. Ziel einer zukunftsorientierten Personalentwicklung muss es aber auch sein, wieder mehr junge Menschen im Konzern Stadt auszubilden. Nur so kann sich auch ein Konzern wie die Stadt Essen effizient und zukunftsfähig aufstellen.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Im Folgenden gehe ich davon aus, dass die Rahmenbedingungen, die hier von GRÜNER Seite für die Kultur formuliert werden, auch für den Sportbereich Gültigkeit haben. Denn beide Bereiche zählen zu den freiwilligen Leistungen der Stadt und weisen - zunächst unvermutet - mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen auf. Gerade im Sport- und Kulturbereich gibt es - im Gegensatz zu vielen Beteiligungsgesellschaften, wie z. B. der Messe Essen, die mit ihrem stetig steigendem Verlust nicht einmal Erwähnung im Haushaltssicherungskonzept findet und unerklärlicherweise von allen Einsparbemühungen ausgenommen wurde - überhaupt ernst zu nehmende Konsolidierungskonzepte.

So wie von uns im Sportbereich schon vor gut 15 Jahren ein zukunftsfähiges Sportkonzept eingefordert wurde, haben GRÜNE auch von Anbeginn auf eine Deckelung des TuP-Etats gedrängt, damit die jährlich stetig steigenden Verluste nicht ins Uferlose weiter wachsen. Dieser Vorstoß ist damals allerdings weder bei der SPD noch bei der CDU auf Zustimmung

gestoßen und hat maximal dazu geführt, dass seit Anfang der 90er Jahre die steigenden Verluste nach oben hin begrenzt wurden.

Die erste richtige Kehrtwende für die TuP erfolgte erst mit dem von schwarz – grün bei den Haushaltsberatungen 2006 in Auftrag gegebenen Gutachten zur Wirtschaftlichkeitsüberprüfung und durch unseren Beschluss zur grundsätzlichen Deckelung der TuP auf 42,6 Millionen Euro im Jahr 2007. Nach dem vom jetzigen Oberbürgermeister in der letzten Ratsperiode aufs Heftigste kritisierten Weggang des Philharmonieintendanten Herrn Kaufmann und der Einstellung des neuen Geschäftsführers Herrn Bergmann konnten erstmals strukturelle Einsparungen von mehr als 2 Millionen Euro realisiert werden. So viel zur Vorgeschichte. Und trotzdem: Auch die TuP muss weiterhin, wie es in alle anderen Bereichen auch erwartet wird, ihre Hausaufgaben machen und weitere Einsparpotentiale generieren.

Doch wenn die TuP, wie im Haushaltssicherungskonzept vorgegeben, bis 2013 auf der Grundlage der Gesamtaufwendung in 2008 auf einen Verlustausgleich von rund 37,8 Millionen Euro gekürzt werden soll, bedeutet dies auch unter Berücksichtigung der Tatsache, dass in 2012 die nächste Tarifierhöhung ansteht und allein die Personalkosten etwa achtzig Prozent des Budgets ausmachen, dass die Einhaltung dieser Einsparvorgabe nicht ohne Substanzverlust, d. h. definitiv nicht ohne Spartenschließungen möglich ist. Dass die SPD und gerade der Oberbürgermeister dies billigend in Kauf nehmen will, ist mit Blick auf die noch kurz vor der Kommunalwahl vom damaligen Oberbürgermeisterkandidaten Paß gegenüber dem Betriebsrat der TuP vertretene Position völlig unverständlich. Denn seine Antwort auf die Frage des Betriebsrates: *„Wie wollen Sie als künftiger Oberbürgermeister die Ausstattung für die Kultur nach der Kulturhauptstadt 2010 aufrechterhalten und in welcher Form?“*

lautete: *„... dass sie (also die SPD) zum überparteilich vereinbarten Kostendeckel von 42,6 Mio. Euro stehen. Für die SPD – Fraktion wäre darüber hinaus eine einmalige Zuwendung denkbar gewesen, die die Mehrbedarfe im Bereich der Tarifierhöhung ausgleicht, um eine Insolvenzgefahr abzuwenden. Zum Nachteil der TuP haben CDU und Grüne darauf bestanden, dass dieser Betrag als Vorauszahlung wirksam wird und im Budget wieder*

zu erwirtschaften ist. Diese Praxis halten wir für sehr hart und hätten uns gesprächsbereiter gezeigt.

Hier zeigt die SPD bzw. der Oberbürgermeister keine klare Linie. Einerseits hat er sich in der Frage der Entlassung Kaufmanns demonstrativ hinter diesen gestellt und wollte der TuP finanziell noch weitaus mehr unter die Arme greifen als schwarz – grün damals verantworten wollte und die Bezirksregierung letztlich auch genehmigt hat. Andererseits wird über die Schließung des Balletts, die Fusion des Theaters mit Oberhausen diskutiert und eine Einsparvorgabe akzeptiert, die zwangsläufig eine Spartenschließung nach sich ziehen würde. Dies alles erinnert in fataler Weise an die Uneindeutigkeit in der Stadionneubaufgabe.

GRÜNE hingegen haben in Abwägung der Konsequenz einer möglichen Spartenschließung und wohl wissend, dass die einzelnen Kulturangebote der TuP nicht der Daseinsvorsorge zuzurechnen sind, eine andere Entscheidung getroffen als die SPD, die gerade die Bedeutung des mehrfach ausgezeichneten Theaters zu unterschätzen scheint und über die Philharmonie und das Musiktheater noch nie ein Wort verloren hat.

Denn, was würde passieren, wenn das Theater wirklich schließen würde? Ich antworte ihnen: „Ja, wir würden das überleben! Denn gerade die Jugend kann sich über die Vielzahl anderweitiger profaner Angebote der Massenkultur wohl kaum beschweren!“ Und dennoch wäre gerade die Schließung Sprechtheaters aus GRÜNER Sicht ein Eigentor sondergleichen. Denn es bietet insbesondere den jungen Menschen aus Essen und der Umgebung die Chance, sich der Kultur überhaupt zu nähern, sich in innovativen, gesellschaftskritischen, in Teilen sogar bewegenden Theaterstücken wieder zu finden und weiter zu entwickeln.

GRÜNE stehen somit aus den verschiedensten Gründen für den Erhalt der Sparten und werden deshalb gemeinsam mit der CDU, FDP und EBB die Einsparvorgaben für die TuP auf der Grundlage von 2010 mit einer 2 prozentigen Kürzungslinie berechnen. Parallel dazu erwarten wir, dass die nun auch vom neuen Kulturdezernenten getragenen Bestrebungen nach interkommunalen und regionalen Kooperationen sich in den nächsten Haushaltsberatungen niederschlagen.

Abschließend können wir feststellen, dass wir in der Summe bei gleichzeitiger politischer Schwerpunktsetzung zur Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2010 / 2011 unser Ziel nicht nur erreicht haben, sondern sogar noch zusätzliche Einsparpotentiale generieren konnten.

Dass dies in einer politisch nicht ganz selbstverständlichen Gestaltungsmehrheit zum Wohle der Stadt gelungen ist, zeigt, dass wir das Prinzip „Fairness ist die Kunst, sich in den Haaren zu liegen, ohne die Frisur zu zerstören“ nicht nur beherzigt, sondern auch umgesetzt haben.

Abschließend möchte ich mich an dieser Stelle noch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung bedanken, die in die Erstellung dieses Haushaltsplanentwurfs viel Zeit und Engagement investiert haben.